



LANDESVORSTAND

Neues SOG – Innenausschuss-Sitzung Teil 1

Die Diskussion um die Einführung des neuen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (HmbSOG und GesDatVPol) nimmt langsam Formen an. Nachdem CDU und SPD ihre Vorstellungen in Eckpunkten bzw. ausformuliert kundgetan haben, fand am 7. Januar zu diesem Thema die erste Befassung im Innenausschuss statt.

Interessant war dabei, dass auch sechs Mitglieder des sog. „Jugendparlamentes“ teilnahmen, die sich in der Jugendparlamentssitzung 2004 genau mit diesem Thema befassten und nun ihre Fragen stellen konnten.

Um es vorwegzunehmen: Besonders die Mitglieder der CDU, die ja dieses Eckpunktepapier vorgestellt hatten, blieben den deutlich und gut gestellten Fragen aussagefähige und fundierte Antworten schuldig! Auch mit der gebührligen Zurückhaltung; aber die Kommentare, die seitens des innenpolitischen Sprechers der CDU, Ahlhaus, und des Innenausschussvorsitzenden, Warnholtz, zu den Fragen gegeben wurden, waren von wenig Fachkenntnis und Inhalt geprägt! Während der gesamten Anhörung konnte man feststellen, dass KEINER der Mitglieder der CDU-Fraktion wirklich fachlich fundierte Erklärungen für ihre beabsichtigten gesetzlichen Änderungen geben konnten!

Beispiele?

Die anfangs geplante Einführung des Aufenthaltsverbotes mit Ausdehnung auf gesamte Stadtgebiet und Befristung auf bis zu einem Jahr wurde vom innenpolitischen Sprecher immer wieder damit erklärt, dass „wir ja schließlich die Hauptstadt des Verbrechens waren“, „wir haben eine bedrohliche Situation in der Drogenkriminalität“ und „der Konsument, der sich die Spritze setzt“, muss von der Straße ...

Der nunmehr auf 14 Tage ausgedehnte Unterbindungsgewahrsam sei lt. Ahlhaus „im Zusammenhang mit Großveranstaltungen“ – „für den Straftäter, der ein Ding drehen will“ – und die Einführung der immer wieder so genannten „verdachtsun-

hängigen Kontrolle“ sei „der Preis, wenn man in dieser Stadt sicher leben will“ – „in jedem Kaufhaus ... akzeptieren sie ja auch, dass man in ihre Taschen sehen darf“.

Kernige Parolen

Insgesamt wurde deutlich, dass sicherlich die ein oder andere sinnvolle Ergänzung eingeführt werden soll. Wenn es nun aber heißt, wir machen nur das Gesetz, die Polizei muss dann mit Leben ausfüllen, dann schleicht sich doch das Gefühl ein, hier ging es tatsächlich nur darum, mit möglichst kernigen Parolen („wir machen das schärfste Polizeigesetz Deutschlands“) von den Sparmaßnahmen im letzten Jahr abzulenken.

Expertenanhörung folgt

Die Regelungen zum finalen Rettungsschuss sind lange notwendig, die Überlegungen zur Videoüberwachung und verdachtsunabhängigen Fahndung scheinen verfassungsrechtlich bedenklich und polizeilich fraglich zu sein, die Einführung von „Tasern“ dürfte lediglich eine untergeordnete Rolle spielen. Jedenfalls haben die Senatsver-

treter die deutlichen Kritiken, die vom Datenschutzbeauftragten, den Parteien und auch von der GdP früh geäußert wurden, zu Herzen genommen. Statt wie geplant im Eiltempo das Gesetz einzuführen, kommt es nun zu ausführlicher Expertenanhörung, die mehrere Monate andauern werden. Die GdP wird den Prozess kritisch-konstruktiv begleiten und weiter berichten.

Der Landesvorstand

Spendenübergabe

Die Polizeigewerkschaften haben im Rahmen ihrer vielfältigen Protestaktionen gegen die massiven Einschnitte des Senats zu Lasten der inneren Sicherheit in Hamburg vier „Henkersmahlzeiten“ in der Hamburger Innenstadt durchgeführt.

Anlässlich der durchgeführten Volkspetition „Kopfloses Sparen gefährdet die innere Sicherheit“, wurden in der Spitaler Straße am 19. August, 26. August, 9. September und 16. September an die Bürgerinnen und Bürger Erbsen- und Gulaschsuppe ausgegeben, deren Verkaufserlös vollständig der Opferschutzorganisation „Weißer Ring“ zu Gute kommen sollte.

„Wenn wir Polizisten aufgrund der massiven Sparmaßnahmen des Senats schon nicht mehr die innere Sicherheit in dem gewohnten Umfang gewährleisten können, wollen wir zumindest etwas für die Opfer von Kriminalität tun,“ so die damaligen Aussagen der drei Polizeigewerkschaften.

Die Übergabe der Spende wurde in Form einer gemeinsamen Pressekonferenz der drei

Polizeigewerkschaften, Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Deutsche Polizeige-



Freude beim Weißen Ring

werkschaft (DPolG), Gewerkschaft der Polizei (GdP) und mit dem Weißen Ring durchgeführt. Die Übergabe kam von Herzen, denn der „Weiße Ring“ unterstützt und hilft Opfern von Straftaten schnell und unbürokratisch.

Der Landesvorstand

• Neues SOG – Innen-	Seite 1
ausschuss-Sitzung	
• Spendenübergabe	Seite 1
• 20 Jahre Preisskat	Seite 2
• AiP – Polizei zweiter	
Klasse?	Seite 3
• Telefonwegweiser	Seite 3
• Sparen – das Gebot der	
Stunde – oder?	Seite 4
• Abschaffung der	
Freien Heilfürsorge	Seite 5
• Bereiten private	
Beschützer Sorgen?	Seite 5
• Kürzungen und	
Seminarbericht	Seite 6
• Termine für Senioren	Seite 6
• Hallenfußball	Seite 6
• Ein ereignisreicher Tag	Seite 7
• Fritz Eggers	
Verabschiedung	Seite 7
• Wir gratulieren	Seite 8
• Sterbefälle	Seite 8
• Seminare 2005	Seite 8

20 Jahre Preisskat – bis zum letzten Stich

Am 8. Dezember 2004 fand in der Kantine des PP wieder der alljährliche und sehr beliebte Preisskat der GDP statt – wie immer unter der bewährten Leitung unseres Vorsitzenden der FG Senioren, Hans-Hermann Fritsche. Und dieses Mal durften sich die mehr als 80 Mitspieler über ein besonderes Jubiläum mitfreuen: Hans-Hermann hat den Preisskat nun seit genau 20 Jahren organisiert! Dafür auch an dieser Stelle noch einmal einen besonders herzlichen Dank, Hans-Hermann – du hast immer für eine tolle Veranstaltung gesorgt!



Hans Hermann zeigt André Bunkowsky den Weg!

Auch diesmal wieder in altbewährter Manier. Wir haben „HHF“ zum Dank mit einem Reisegutschein und einem Blumenstrauß bedacht, der vom Landesvorsitzenden André Bunkowsky überreicht wurde, bevor dieser sich selbst ins spielerische Getümmel wagte.

Spannende Spiele, tolle Gespräche, Treffen mit lang nicht mehr gesehenen Kollegen – eine bunte Mischung aus Jung und Alt, aus allen Bereichen der Polizei. Besonders erfreulich, dass auch immer mehr weibliche Mitspieler den Weg zu unserem Turnier finden.

Der Abend stand unter hervorragender Organisation, wir wurden wieder super vom Kantinenwirt beköstigt und die Sponsoren haben erneut nicht mit Preisen geizt. Dafür noch mal ein herzliches Dankeschön!

Um Preise wie Schinken, Enten, Braten aber auch Bademäntel, Bohrmaschinen und, und, und gingen in zwei Runden die spannenden Spiele, in denen alte „Skat-Legenden“ gegen „green-

horns“ antraten – mit nicht immer erwartetem Ausgang. Letztlich erfolgreich durchsetzen konnten sich:

1. Platz – 2510 Pkt. – Klaus Kahl
2. Platz – 2171 Pkt. – Hans-Hermann Fritsche (!)
3. Platz – 2156 Pkt. – Kurt Sprenger
4. Platz – 2153 Pkt. – Stephan Reiche
5. Platz – 2138 Pkt. – Michael Tschritter

Für diese Leistung unseren herzlichen Glückwunsch! Einen Wermutstropfen gab es dann doch noch: Hans-Hermann ist der Meinung „20 Jahre sind genug – nun muss jemand anders ran!“ Auch wenn wir da anderer Meinung sind, bedauern aber akzeptieren wir seine Entscheidung – und voller Überraschung konnte „HHF“ schon am selben Abend eine Freiwillige gewinnen, die die Organisation von nun an übernehmen möchte – dazu an anderer Stelle mehr. 20 Jahre Preisskat – eine tolle Veranstaltung der GdP – Danke Hans-Hermann!

André Bunkowsky



Engagierte und aufmerksame Spieler

REDAKTIONSSCHLUSS

für die März-Ausgabe ist der 5. Februar 2005.



Ausgabe:
Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 -0
Telefax (0 40) 28 08 96 -18
E-Mail: gdp.hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-183
Telefax (02 11) 71 04-222
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a
vom 01. 04. 2003

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (040) 40 94 34

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

FACHGRUPPE VERWALTUNG

AiP – Polizei zweiter Klasse?

Die Angestellten im Polizeidienst (AiP) waren in den letzten Wochen immer wieder Mittelpunkt polizeilicher und journalistischer Aktivitäten in Hamburg. Dabei haben – wie wir telefonisch und vor Ort in vielen Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen feststellen konnten – gerade die Berichte in den Printmedien bei manchem Angestellten das Gefühl hervorgerufen, sie seien nur „Polizisten zweiter Klasse“, keine „echten“ Polizeibeschäftigten oder sogar schlechtere Menschen. Das kann so nicht stehengelassen werden!

Berufsbild AiP

Die Angestellten in der Polizei gehören unumstößlich zur Polizei Hamburg und tragen einen nicht wegzudenkenden Anteil an der Sicherheit in dieser Stadt. Leider haben sie oft das Gefühl, dass sie – auch von der politischen und polizeilichen Leitung – nicht immer die nötige Rückendeckung erfahren! Auch wenn das sicher nicht so gewollt ist, wurden und werden immer wieder Chancen vertan, diese Bauchlage zu verändern.

Die Gewerkschaft der Polizei hat sich seit jeher für ihre Angestellten eingesetzt. Sie hat schon vor einigen Jahren das „Berufsbild AiP“ entwickelt, in dem ausführlich die möglichen Arbeitsfelder für qualifizierte Tätigkeiten der Angestellten definiert wurden.

Die GdP setzt sich seit langem dafür ein, dass auch die AiP an Karriere- und Fortbildungsmöglichkeiten teilhaben und so ihren Berufsweg selbständig gestalten können.

Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass diese Möglichkeiten, obwohl von verantwortlicher Seite so akzeptiert, oft nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die Realität!

Zum Beispiel die für die meisten AiP gültige – und RECHTSVERBINDLICHE (!) – Beschrei-

bung des Arbeitsplatzes, nach der die Anteile Objektschutz und Überwachung des ruhenden Verkehrs je zur Hälfte geleistet werden sollen. Tatsächlich aber werden die Mitarbeiter fast ausschließlich für den Objektschutz eingesetzt. Ein Versehen? Nein – hier ist die qualitativ bessere Gestaltung eines abwechslungsreichen Arbeitsplatzes eindeutig den finanziellen Bindungen zum Opfer gefallen. Für eine rechtlich saubere Beachtung und Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses hätten deutlich mehr Angestellte eingestellt werden müssen. Nun entstehen dermaßen starke Engpässe, dass sich viele AiP ausschließlich dem Objektschutz „hingeben“ dürfen. Eine Tätigkeit, die eine hohe Verantwortung innehat, die aber auch sehr eintönig und belastend sein kann. Darüber hinaus noch oft mit Arbeitszeiten, die gem. BAT rechtlich gar nicht zulässig sind! Dazu wurde die Chance vertan, die Gruppenleiter im Bereich Objektschutz als qualifizierte Angestelltenstellen einzurichten, wie es die GdP vorgeschlagen hat. Sie wurden mit Polizeibeamten besetzt, wieder eine Chance, die man unseren Angestellten verbaut hat!

Vernünftige Ausstattung gefordert!

Nein, es reicht – insbesondere im Bereich des US GK – ja noch nicht einmal für eine adäquate Ausstattung, damit die Kolleginnen und Kollegen bei winterli-

chem „Sauwetter“ ihre Bekleidung vernünftig aufhängen können.

Da hat dann eben doch ein gewisser Herr V., bekannt als (einfluss-)reicher Geschäftsmann und Anwohner, scheinbar soviel Macht, dass zwar über Begründung und Bepflanzung nachgedacht wird. Vernünftige Unterbringung der Beschäftigten gehört aber nicht zu den Überlegungen.

Und dass, obwohl ein kleiner zusätzlicher Container – wie von der GdP lange angemahnt – zur Verfügung stünde und nur aufgestellt werden bräuchte ... – und bei den vielen Gesprächen, die wir führen, um bessere Bekleidung und winterfeste Overalls oder auch nur vernünftige Mützen zu bekommen, wird immer wieder angeführt „das kostet ja Geld“! Was muss eigentlich passieren, damit die Angestellten endlich vernünftig unterstützt werden? Sie haben ein Recht auf vernünftige Arbeitsbekleidung!

Ein Tollhaus?

Geradezu eine Geschichte aus dem Tollhaus ist der Umgang mit den AiP nach Privatisierung der PP-Bewachung. Da werden allein erziehende Tagesdienstler plötzlich in den Schichtdienst gesetzt, Schichtdienstler ohne Fragen in den Tagesdienst verlagert und, und, und ... – es beschleicht einen immer wieder das Gefühl, dass den Verantwortlichen der Unterschied zwischen Beamten und Angestellten in ihren Dienstverhältnissen nicht klar ist.

Die Gewerkschaft der Polizei erwartet, dass die Anliegen der Angestellten ernst genommen werden und alles erdenkliche dafür getan wird, dass sie ihren Schutzauftrag, der schon so schwer genug ist, unter vernünftigen Bedingungen ausüben können – und ein Besuch vor Ort zeigt immer wieder, wie einfach etwas für Stimmung und Gemüt getan werden könnte ...

Der Fachgruppenvorstand

LANDESVORSTAND

Telefonwegweiser

Lange haben alle darauf gewartet: Der neue Telefonwegweiser der GdP für die Polizei Hamburg liegt an der Geschäftsstelle bereit. Einfach mal reinschauen und abholen! Es lohnt sich!

Jörn Clasen



Sparen – das Gebot der Stunde – oder?

Oder doch nur vorgeschobene Argumentations-schiene zur Reduzierung von Einkommen, Renten und Sozialleistungen? Sparen ist in aller Munde und inzwischen übertreffen sich Politiker, Wirtschafts-experten, Unternehmer und Haushälter darin, neue Ideen zu entwickeln. Dabei wird dann auch kein noch so kurio-ser Gedanke unausgesprochen gelassen. Unsere letzte „Sau“, die durchs Dorf getrieben wurde, war erst im letzten Jahr die Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld ...

Daneben kennen wir all' die schönen Ideen, Planungen und Entscheidungen, die auf uns abhängig Beschäftigte, Rentner, Pensionäre oder Sozialhilfeemp-fänger niederprasseln. Selbst hei-lige Kühe werden geschlachtet, ob vor der letzten Wahl anders erklärt oder nicht. Geld muss fließen in die doch ach so leeren öffentlichen Kassen. Und wer könnte sich dem ernsthaft ent-ziehen. Schließlich muss unser Staatswesen ja funktionieren. Also, Zähne zusammenbeißen und durch? – oder doch lieber noch mal genauer hinschauen, ob das alles auch so richtig ist, was unsere Verantwortungsträger da so ausgeheckt haben?!

„Die wachsende Stadt“

Und siehe da – wer Regie-rungsprogramm und politische Zielsetzung in Hamburg mal etwas genauer betrachtet, dem wird schnell deutlich, dass Geld in durchaus ausgeprägtem Maße in den Kassen ist. Gut, es könnte sicher immer mehr sein, aber so schlecht kann es nicht aussehen. Was will dieser Senat nicht alles anfassen? Insbesondere das Pro-jekt „Wachsende Stadt“ soll so einiges kosten. Schließlich soll damit die Zukunft in und für Hamburg gestaltet werden. Und dafür muss man doch Geld aus-geben dürfen – wird ja wohl jeder verstehen.

So weit, so gut, aber wenn's Geld nun mal nicht in ausrei-chendem Maße vorhanden ist,

greift man halt dem kleinen Mann in die Tasche. Der profitiert ja irgendwann davon, wenn dann neue Arbeitsplätze geschaffen werden, schöne (teure) Woh-nungen gebaut sind und die infra-strukturellen Maßnahmen für die Stadt verbessert sind.

Prestigeobjekte für wen?

Auch solche Aspekte kann man sicher nicht so ganz beiseite schieben. Auf der anderen Seite muss aber auch gefragt werden, ob wir es uns bei angeblich lee-ren Kassen leisten können, Presti-geprojekte aufzulegen, die vor-rangig der Wirtschaft helfen, dem Bürgermeister einen Platz in der Geschichte sichern, ansonsten aber die öffentlichen Kassen im Übermaß belasten, Flexibilität beschränkt und die Masse der Arbeitnehmer – zumindest mit-telfristig – schlechter stellt.

Oder glaubt einer von uns Poli-zeibeamten tatsächlich, dass die 1,4% Eigenbeteiligung an unse-rer Krankenversorgung die Situa-tion der Freien Heilfürsorge oder der Beihilfe unmittelbar finan-ziell verbessern würde? Und was ist mit der Einsparung durch die uns verordnete regelmäßige Mehr-arbeit (40-Stunden-Woche) ohne Lohnausgleich, oder die Kürzung unseres Weihnachtsgeldes, das Herauszügern von Gehaltsan-passungen usw.? Alle diese Maß-nahmen sollen den Staatshaus-halt sanieren helfen. Aber wird das Geld tatsächlich dazu genutzt? Zweifel sind angebracht.

Und die Nachteile für die innere Sicherheit in unserer Stadt sind in ausreichendem Maße aufgezählt und damit bekannt. Trotzdem wird es weitergehen. Wir werden weiterhin mit Kürzungen unse-rer Einkommen, Pensionen, Ren-ten pp. rechnen müssen. Meines Erachtens auch deshalb, weil die wirklich Reichen in Stadt und Land stets geschont werden. Erin-nerst sei an die Diskussion um die Vermögenssteuer. Wie schwer tun sich unsere Politiker, diese Ein-nahmequelle für den Staat zu aktivieren. Um wie viel leichter ist es da doch, die Masse der Arbeit-nehmer zu belasten.

Soziale Gerechtigkeit ist gefordert!

Sparen mag das Gebot der Stunde sein. Daran wird man auf-grund der demographischen Ent-wicklung in Deutschland ernst-haft nicht zweifeln können, und auch der Umbau unseres Sozial-staates wird uns wohl nicht erspart bleiben. Wenn es denn noch zu halbwegs gleichen Belas-tungen käme und nicht nur die ohnehin schon eher am unteren Ende der Einkommenskala Ste-henden die Lasten tragen müs-sen, wäre Verständnis irgendwann wohl zu erreichen. So aber bleibt es ein wenig überzeugendes Kon-zept.

Sparen – o. k., wenn es sein muss – ABER BITTE KEINE UMVERTEILUNG VON UNTEN NACH OBEN; d. h. dahin wo das Geld bereits im Übermaß vorhanden ist.

Sparen mag das Gebot der Stunde sein. Aber auch soziale Gerechtigkeit gehört unter Spar-zwängen nach wie vor zu den grundgesetzlich gesicherten Prin-zipien unseres Staates. Und nicht jede Maßnahme gegen die Pri-veli-gierten in unserer Gesellschaft darf mit dem Hinweis auf den Verlust von Arbeitsplätzen negiert werden.

Gewerkschaften sind zukunfts-fähig!

Zurzeit scheint es „in“ zu sein, Arbeitnehmerrechte zu beschnei-den – um so die Wirtschaft in Deutschland zu stärken und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig zu machen. Der Blick in die Geschichte lehrt uns jedoch, dass das Herbeiführen neoliberaler Zustände Gesellschaften eher zerstört, denn gesichert haben – die letzten Wahlen in Ostdeutsch-land sollten uns Mahnung genug sein.

In diesem Sinne: sparen wir alle ein Stück mit – zwangsläufig – aber lassen wir uns nicht zu Gunsten Reicher ins Portemonaie greifen. Hier gilt es, auch über gewerkschaftliche Aktivitä-ten rechtzeitig klare Grenzen auf-zuzeigen.

Also, kommt rein in die Soli-dargemeinschaft der Gewerk-schaft, denn draußen wird es immer kälter – und zwar unab-hängig von der Jahreszeit, die vor der Tür steht.

Ekkehard Hübner



LANDESVORSTAND

Abschaffung der Freien Heilfürsorge: Klage?

Die GdP schöpft alle rechtlichen Möglichkeiten aus, um sich gegen die Einführung des Eigenanteils bei der Freien Heilfürsorge zu wehren. Die Gesetzgeber schrecken nicht davor zurück, in die althergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums immer wieder und immer massiver einzugreifen.

Die Einführung des Eigenanteils bei der Freien Heilfürsorge für Polizeivollzugs- und Feuerwehrbeamte kann so ein Eingriff sein.

Die Gewerkschaft der Polizei hat sich entschieden, gegen den Bürgerschaftsbeschluss bzw. gegen die Entscheidung vom 13. Dezember 2004, Polizeivollzugsbeamte mit 1,4% an den Kosten der Freien Heilfürsorge zu beteiligen, alle möglichen Rechtsmittel zu prüfen, obwohl bereits etliche Prüfungen unter Beteiligung

des Bundes und des DGB vorausgegangen waren.

In den Bundesländern Brandenburg und Niedersachsen gab es in Bezug auf die Eigenbeteiligung bei der Freien Heilfürsorge bereits gerichtliche Entscheidungen, die zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen ausgegangen sind. Die Verwaltungsstreitsache aus Niedersachsen wurde bis vor das Bundesverwaltungsgericht gebracht. Dort wurde die Revision gegen das Niedersächsische Verwaltungs-

gericht abgewiesen. Der Leitsatz des BVerwGE lautet: „Die Heranziehung der Heilfürsorgeberechtigten Beamten zu Kosten der Heilfürsorge durch Auszahlung eines geringfügig gekürzten Grundgehaltes verstößt jedenfalls dann nicht gegen höherrangiges Recht, wenn diese Beamten zwischen Heilfürsorge- und Beihilfeberechtigung wählen können!“

Mittlerweile haben wir unsere Rechtsexperten im Bund erneut prüfen lassen, ob die Hamburger Bestimmungen mit geltendem Recht vereinbar sind, dies wurde leider so bestätigt.

Darüber hinaus haben wir bei einem Fachanwalt auch alle anderen offenen Fragen klären lassen. Nach dessen Bewertung sind die gesetzlichen Regelungen

statthaft, im Rahmen des Verantwortbaren und durch höchstgerichtliche Rechtsprechung gedeckt.

Da auch politisch mit keiner weiteren Veränderung zu rechnen ist, müssen wir leider davon ausgehen, dass alle rechtlichen und anderen Mittel ausgeschöpft sind und die geltende Rechtslage auch mit den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums vereinbar ist. Eventuelle Klageversuche versprechen somit keinen Erfolg. Wir bedauern, dass wir euch trotz unserer energischen Bemühungen nur dieses Ergebnis mitteilen können.

Jürgen Lamp

Bereiten private Beschützer bei der Hamburger Polizei Sorgen?

Mit großer Betroffenheit wurde von unseren Kolleginnen und Kollegen die politische Entscheidung aufgenommen, die personelle Besetzung bei der Sicherungswache des Hamburger Polizeipräsidium zu verändern.

Mit Wirkung 1. Januar 2005 sind die seit Jahren dort beschäftigten Angestellten zu anderen Polizeidienststellen zum größten Teil gegen ihren Willen umgesetzt worden. Angestellte der Hamburger Polizei wurden durch Privatbeschäftigte ersetzt.

Jetzt bereiten die privaten Beschützer Sorgen

In einer öffentlichen Ausschreibung wurde die Firma HS Dienstleistungs-GmbH aus Schwarza ausgewählt.

In einem Schreiben an den Innensenator Udo Nagel machte die GdP deutlich, welche Sorgen unsere Kolleginnen und Kollegen haben.

Aus dem Schreiben an Senator Nagel

„Mit großer Bestürzung haben wir vernehmen müssen, dass das neue Personal bei der Sicherungswache im Hamburger Polizeipräsidium ein Erscheinungsbild aufweist, dass nicht den Vorstellungen der Gewerkschaft der

Polizei und vermutlich auch nicht der Hamburger Polizei entspricht.

Bereits in den letzten Wochen des Jahres 2004 haben wir eindringlich auf die möglichen Probleme mit privaten Sicherheitsunternehmen hingewiesen. Gerade das Polizeipräsidium ist Anlaufstelle für jegliche Öffentlichkeit und wird daher aufmerksam beobachtet.

Kolleginnen und Kollegen unserer Gewerkschaft waren insbesondere vom Erscheinungsbild der Sicherheitskräfte geschockt.

Als Verantwortlicher dieser politischen Entscheidung sind auch Sie für die Folgen verantwortlich.

Bitte sorgen Sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür, dass diese Mängel umgehend abgestellt werden!“

Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, es würden alle Beschäftigten über einen Kamm geschert: die ersten Tage nach Einarbeitung und Brief an den Senator zeigten jetzt, dass die Mitarbeiter in ihren Uniformen nicht alle so erschreckend aussahen, wie es anfangs wirkte, als sie in Kleingruppen bei den Einweisungen zusammenstanden ... Der erste Eindruck beim Kontakt hat sich auch schon als positiv dargestellt. Das Personal hat sich sehr zuvorkommend, hilfsbereit und freundlich gezeigt, auch dass wollen wir nicht unerwähnt lassen.

Wir werden weiter berichten.

Jürgen Lamp

Kürzungen und Seminarbericht

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Artikel schreibe ich aus Redaktionsgründen noch im Jahr 2004. Er beginnt deshalb auch mit der letzten Negativ-Entscheidung der Hamburgischen Bürgerschaft vom 13. Dezember 2004, nämlich der Verabschiedung von der „Freien Heilfürsorge“ für Polizei und Feuerwehr. **Beschlossen wurde, dass sich aktive Beamte mit 1,4% ihrer Bezüge an den Krankenkosten zu beteiligen haben.**

Dies bedeutet im Klartext, dass sie ca. 1/3 der Gesundheitskosten selber tragen müssen. Rechnet man die Kosten für eine Anwartschaftsversicherung, die unbedingt erforderlich ist, um bei der Pensionierung zu einigermaßen erträglichen Konditionen (auch mit in der Dienstzeit entstandenen Gebrechen) in eine Versicherung aufgenommen zu werden, hinzu (ebenfalls sollte man bedenken, dass Ehepartner und Kinder versichert werden müssen), so sind Polizei- und Feuerwehrbeamte heute schlechter gestellt als andere Arbeitnehmer.

Dass 1,4% der Bezüge ausreichen, um ca. 1/3 der Gesundheitskosten zu decken, liegt daran, dass nur „kerngesunde“ junge Menschen Zugang zu diesem Beruf finden. Ferner müssen sie sich durch körperliche Ertüchtigung – Dienstsport – fit halten. Wie man allerdings in der letzten Zeit vernehmen konnte, wird dieser Dienstsport bereits in Frage gestellt. Warum?

Ich glaube, dass hier der Dienstherr den falschen Weg geht.

Für Berufsanfänger soll dann künftig die Regelung gelten, wie in allen anderen Beamtenbereichen auch: 50% Beihilfe und dazu Eigenversicherung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich bei allen – besonders auch bei den Senioren – die uns bei den Demonstrationen unterstützt haben. Der Senat hat für Polizei und Feuerwehr ein Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung angeordnet. Die Frage ist nur, ob er damit gut beraten war.

Wie bereits in der Januar-Ausgabe versprochen, möchte ich noch einen Rückblick auf unser Seminar in Barendorf vom 18. - 22. Oktober 2004 mit dem Thema „Die arabische Welt, dargestellt anhand ausgewählter Länder“ bringen.

Es wurden folgende Themen behandelt:

- Der Nahe Osten im 20. Jahrhundert, Brutstätte des Terrors und Wege der Zivilisation
- Wirtschaftliche Bedingungen am Beispiel Saudi-Arabien, Oman und Jemen
- Islam und Islamismus: Religion und Politik in der islamischen Moderne
- Irak: Gegenwärtiger politischer Prozess und Szenarien der künftigen Entwicklung
- Die Ölprovinzen am persisch-arabischen Golf.

Am Mittwoch, dem 20. Oktober 2004, vormittags, wurde der „Hundertwasser-Bahnhof“ in Uelzen besucht und an diesem Beispiel die arabischen Einflüsse auf die europäische Kunst erklärt.

Nach einem Zusammenführen der innerhalb der Woche gewonnenen Erkenntnisse mit Diskussion und einem Resümee, traten die Teilnehmer am Freitag nach dem Mittag die Rückreise an.

Hans-Hermann Fritsche

Termine für Senioren

Das nächste Seminar im Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide in Barendorf findet in der Zeit vom

18. bis 22. April 2005 zum Thema „Russland und der Kaukasus“ statt.

Anmeldungen bitte in der Geschäftsstelle der GdP bei der Kollegin Karin Hopp, Tel.: 28 08 96-12 oder direkt bei Leo Wölki, Tel.: 6 53 65 73.

Zu unserer nächsten Mitglieder-Versammlung

am 8. Februar 2005 um 15.00 Uhr im Personal-Restaurant des Polizeipräsidiums,

haben wir unseren Bundesvorsitzenden der Senioren, den Kollegen Heinz Blatt, eingeladen.

Hans-Hermann Fritsche

FACHGRUPPE WASSERSCHUTZPOLIZEI

Hallenfußball!

Am Montag, dem 15. November 2004, fand in der Haubachhalle in Altona von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr ein kleines WS-Fußballturnier statt. Insgesamt nahmen vier Mannschaften teil, die sich aus

In den sehr interessanten und torreichen Partien konnte sich die 1. Mannschaft der WS-Fußball-Gruppe durchsetzen und gewann das Kleinturnier vor der 2. Mannschaft und den beiden Mannschaften von WSP 21.



Nach kurzer Einweisung wurde leidenschaftlich gespielt

der WS-Fußball-Gruppe und der Dienststelle WSP 21 zusammensetzten.

Für Betreuung und Erfrischungen war die FG-WSP vor Ort. Die Kollegen Holger Schühmann und Dieter Isermann sorgten für Getränke und Anfeuerung der teilnehmenden Mannschaften während Sigggi Taige und Olaf Basedow zusammen mit dem „Teammanager“ Udo Herbst für den reibungslosen Ablauf sorgten.

Der Spaßfaktor war für alle Beteiligten sehr hoch und in den Gesprächen während der Pausen wurde deutlich, dass dies nicht das letzte Turnier gewesen ist. Die Fachgruppe WSP hat diesen Wunsch sofort aufgegriffen und wird

im ersten Halbjahr 2005 ein Hallen-Fußballturnier für alle WSP-Dienststellen ausrichten!

Nähere Informationen dazu erfolgen in Kürze. Die Pokale sind schon besorgt!

Fachgruppe WSP

FACHGRUPPE WASSERSCHUTZPOLIZEI

Ein ereignisreicher Tag für die Wasserschutzpolizei

Mit musikalischer Untermalung wurde am 14. Dezember 2004 das dritte und letzte leichte Hafestreifenboot, die „WS 27“, in Dienst gestellt. Der Geschäftsführer der noch sehr jungen Bauwerft REAN aus Sassnitz, Herr Käning, welche erst 1992 gegründet wurde, übergab am Ponton des Wasserschutzpolizeikommissariat 3 das neue Hafestreifenboot „WS 27“ an den Staatsrat der Innenbehörde, Herrn Dr. Stefan Schulz.

Mit großer Freude übernahm der Leiter der Wasserschutzpolizei, Kollege Bernd Spöntjes, und der Leiter des WSPK 3, Kollege Manfred Roß, das neue 14,75 m lange und 4,90 m breite und bis zu 12 sm/h schnelle Hafestreifenboot, welches einen Tiefgang von 1,30 m hat.

Herr Dr. Schulz betonte in seiner Rede, dass es leider in der letzten Zeit zu Verzögerungen und Veränderungen bei der Fortschreibung des Bootsbauprogramm

gekommen sei. Da die Ausstattung der Hamburger Polizei mit modernen Einsatzmitteln aber weiterhin hohe Priorität haben wird, wird das Bootsbauprogramm auch in den kommenden Jahren fortgesetzt. So sollen die ersten zwei schweren Hafestreifenboote bis 2007 ersetzt, von 2008 bis 2010 ein weiteres schweres Hafestreifenboot ausgetauscht werden.

Die GdP steht dieser Verschiebung um mehrere Jahre sehr

kritisch gegenüber. Es war vor den Haushaltsberatungen 2005/2006 vorgesehen, die Ersatzbeschaffung der drei schweren Hafestreifenboote bis Ende 2007 abzuschließen. Die Kosten für Reparaturmaßnahmen und die Ausfallzeiten der bis zu 48 Jahren alten schweren Hafestreifenboote „WS 33“, „WS 34“, „WS 38“ und „WS 39“ (Baujahr 1956 bis 1958) sind schon jetzt immens hoch.

Der Fachgruppenvorstand WS dankt allen Beteiligten, die sich mit hohem Engagement für die Fortschreibung des Bootsbauprogrammes und bei der Planung der Boote eingesetzt haben. Wir gehen auch davon aus, dass die letzten kleinen Mängel an der



Das neue Hafestreifenboot: WS 27

„WS 27“ schnell durch die Werft REAN gehoben werden ...

Die GdP schließt sich Wünschen des Staatsrates an und hofft, das die Kolleginnen und Kollegen des WSPK 3 mit der WS 27“ ein zuverlässiges Einsatzmittel erhalten haben und hoffen immer auf eine Handbreit Wasser unter dem Kiel.

Peter Leiste, Fachgruppenvorsitzender WSP

Fritz Eggers Verabschiedung

Unser Kollege Fritz Eggers, der als langjähriger nautischer und technischer Inspektor bei der LPV 24 für die Erhaltung und Einsetzbarkeit aller Streifenboote der Wasserschutzpolizei Hamburg mit verantwortlich war, verlässt die Wasserschutzpolizei mit Ablauf des Monat Januar 2005 und geht in den wohlverdienten Ruhestand.

Seit 2000 war Fritz Eggers maßgeblich mit an der Projektierung und Beschaffung von drei neuen Hafestreifenbooten beteiligt und war auch zwischenzeitlich zu den Bauwerften abgeordnet, um vor Ort die Bauaufsicht zu übernehmen. Ihm haben wir es zu verdanken, dass die Boote zur Zufriedenheit des Auftraggebers und der Kollegen der Wasserschutzpolizei abgeliefert wurden. Kollege Eggers begann seine Ausbildung bei der

Wasserschutzpolizei Hamburg 1971, nachdem er zuvor 11 Jahre in der deutschen Handelsschifffahrt zur See fuhr. Während dieser Zeit erwarb Fritz Eggers das nautische Patent AM und wurde als 1. Offizier und Kapitän eingesetzt.

Seit 1996 ist er bei der LPV 24 tätig und kümmerte sich um das Wohl der alten und neuen Streifenboote.

Während seiner gesamten Dienstzeit war unser Kollege als



Am Steuer: Fritz Eggers

Vertrauensmann für die GdP aktiv und auch viele Jahre im Personalrat der Wasserschutzpolizei als Ersatzmann tätig.

Wir wünschen unserem Kollegen Fritz Eggers und allen weiteren Kollegen, die ebenfalls in den wohlverdienten Ruhestand versetzt werden, beste Gesundheit, viel Freude und Aktivitäten im neuen Lebensabschnitt.

Peter Leiste

70. Geburtstag

14. Februar 2005
Horst Adomeit
Willi Henke
19. Februar 2005
Margot Steding
21. Februar 2005
Marion Lahmann

80. Geburtstag

1. Februar 2005
Hildegard Sahn
2. Februar 2005
Walter Bernard
6. Februar 2005
Notburga Porep
19. Februar 2005
Adelheid Wunderlich

85. Geburtstag

8. Februar 2005
Berthold Giesen
16. Februar 2005
Wilhelm Leisten
17. Februar 2005
Cölestina Johnsen
25. Februar 2005
Elli Tietz
28. Februar 2005
Justus Haack
Walter Unruh

88. Geburtstag

8. Februar 2005
Emma Sensen

89. Geburtstag

17. Februar 2005
Martha Marten

90. Geburtstag

2. Februar 2005
Rosamunde Pietsch
7. Februar 2005
Wilhelm Heiß
26. Februar 2005
Erwin Finck

91. Geburtstag

2. Februar 2005
Albert Schmidt
15. Februar 2005
Grete Lübbe

92. Geburtstag

25. Februar 2005
Lieselotte Miels

93. Geburtstag

1. Februar 2005
Bruno Evers
Käthe Grevenitz
13. Februar 2005
Martha Klaus

95. Geburtstag

5. Februar 2005
Margarethe Kähler

96. Geburtstag

22. Februar 2005
Elli Möller

97. Geburtstag

24. Februar 2005
Gertrud Schröder

98. Geburtstag

27. Februar 2005
Meta Kellermann

25-jährigen Dienstjubiläum

1. Januar 2005
Karin Heyl Ang'e LBV 352/1
1. Februar 2005
Peter Böhlke PHK VD 22
Henry Lucassen PHM PK 11
Uwe Mollenhauer PHM WSPK 2
Hans-Günther Panje PHK VD 22

wohlverdienten Ruhestand

31. Dezember 2004
Peter Schlenther PHM WSPK 3/
Außst. Lauenburg
28. Februar 2005
Hartmut Noth PHM LKA 211/
DGT
Udo Herbst PHK WSPF 21
Hans Rainer Hildebrand POK
LKA 512
Egon Gamlien POK PK 37

BILDUNGSARBEIT

Seminare 2005

Die Fachgruppe Wasser-
schutzpolizei führt auch
in diesem Jahr wieder ein
Seminar für interessierte Kol-
leginnen und Kollegen der Was-
serschutzpolizei durch.

Termin: 6. bis 10. Juni
2005 in Magdeburg.

In diesem Jahr wird von
Rüdiger Jekubik und Jörn Cla-
sen ein GdP-Grundseminar
angeboten.

Termin: 23. bis 27. Mai
2005. Der Ort ist noch
geheim ...

Anmeldungen werden ab
sofort in der GdP-Geschäfts-
stelle bei der Kollegin Karin
Hopp (Tel.: 0 40 / 28 08 96 -12)
oder bei dem Kollegen Peter
Leiste (WSP 21, Tel.: 42 86/
6 54 33) entgegengenommen.

Peter Leiste,
Bildungsbeauftragter

Anzeige

**Gut beraten
im Trauerfall**

GBI

Großhamburger
Bestattungsinstitut rV
Fuhlsbüttler Straße 735
22337 Hamburg
www.gbi-hamburg.de
☎ (040)24 84 00

STERBEFÄLLE

21. Oktober 2004
Hans-Otto Bunge
PHM i. R. (76)

27. November 2004
Wilfried Burzlaff
Ang. i. R. (67)

6. Dezember 2004
Melanie Kadler
Witwe (93)

12. Dezember 2004
Willi Pimiskern
PHM i. R. (80)

27. Dezember 2004
Heinz Brennecke
PHM i. R. (89)

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.